

Dr. Sahra Wagenknecht, MdB

Hilfe für die Helfer

Das Mitgefühl mit notleidenden Menschen, die vor Krieg, Terror und Hunger aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern geflohen sind, hat im letzten Jahr zu einem Spendenrekord beigetragen. In vielen Städten waren Flüchtlingshelfer zeitweilig damit überfordert, die gewaltige Menge an Kleider- und anderen Sachspenden zu sortieren. Allein in den Hamburger Messehallen stapelten sich im Dezember letzten Jahres auf rund 9.000 Quadratmetern rund 3.000 Paletten mit zigtausenden Kisten. Und nicht nur Geld und Kleider: Auch sehr viel Zeit wurde gespendet. Ohne die unzähligen Helfer, die sich um ankommende Flüchtlinge gekümmert und diese mit dem Nötigsten versorgt haben, wäre es auf vielen Straßen und Plätzen längst zu menschenunwürdigen Szenen gekommen. Umfragen zufolge hat sich jeder zweite Bundesbürger im letzten Jahr für Flüchtlinge engagiert. Eine solch große und großartige Hilfsaktion hat es hierzulande seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben.

„Wir schaffen das“, hat Kanzlerin Merkel im August letzten Jahres versprochen. Die Zivilgesellschaft, die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, aber auch die Mitarbeiter in öffentlichen Verwaltungen, Kitas, Schulen und bei Polizei und Feuerwehr haben ihren Teil dazu beigetragen, das Versprechen einzulösen. Viele haben bis zur Schmerzgrenze Überstunden geleistet oder einen Großteil ihrer Freizeit geopfert. Nun muss auch die Bundesregierung ihren Teil beitragen, indem sie die Helfer entlastet und die nötigen Arbeitsplätze und die nötige Infrastruktur schafft. Es kann und darf nicht sein, dass die Hilfsbereitschaft der vielen missbraucht wird, um unsinnige Sparziele zu erfüllen. Ehrenamtliche Arbeit war nötig und wichtig, um Flüchtlinge in Deutschland willkommen zu heißen. Doch sie darf nicht länger vom Staat abgeschöpft und vereinnahmt werden, um den Fetisch einer schwarzen Null zu retten.

Wer Fremde integrieren und eine gute Zukunft für alle schaffen will, darf nicht am falschen Ende sparen. Um zu verhindern, dass Flüchtlinge gegen Einheimische ausgespielt werden, müssen preisgünstige Wohnungen und anständige Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle geschaffen werden. Auch das Ehrenamt darf nicht weiter überfordert werden: Für die Ausbildung und Erziehung von Menschen, für soziale Arbeit und medizinische Betreuung, für die Verwaltung, die Gewährleistung von Sicherheit und andere öffentlichen Dienstleistungen braucht man Fachkräfte, deren Arbeit anständig bezahlt werden muss. Es kann nicht sein, dass hunderttausende Asylanträge nicht bearbeitet werden, da in der zuständigen Verwaltung tausende Arbeitsplätze fehlen. Es darf auch nicht sein, dass Länder und Kommunen auf gewaltigen Kosten sitzen bleiben. Wer Gemeinden dazu zwingt, zusätzliche Ausgaben für die

Integration von Flüchtlingen durch Kürzungen an anderer Stelle zu finanzieren, bereitet den Boden für Zwietracht und Neid und vergiftet das politische Klima in unserem Land.

So wie die individuelle Hilfsbereitschaft an Grenzen geraten kann, wenn man mehrfach am Tag um Geld angebettelt wird, so kann auch eine Willkommenskultur an ihre Grenzen geraten, wenn ehrenamtliche Helfer dauerhaft vor die Aufgabe gestellt sind, massives Staatsversagen zu kompensieren. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Sicher gibt es nach wie vor unzählige Menschen, die gern und bereitwillig Unterstützung leisten, gibt es viele Helferinnen und Helfer, deren Leben durch die praktizierte Solidarität an Sinn und Tiefe gewonnen hat. Eben deshalb dürfen Flüchtlinge keinesfalls in abgelegene Massenunterkünfte verfrachtet und von der einheimischen Bevölkerung abgeschottet werden, so dass ehrenamtliche Hilfe gar nicht zum Zuge kommen kann. Wer Fremde in die Gesellschaft integrieren will, muss sie dezentral unterbringen. Dabei sollte das Grundrecht, den eigenen Wohnort frei zu wählen, nach Möglichkeit nicht eingeschränkt werden. Allerdings sollte man sich nichts vormachen: Da der Staat in der Wohnungspolitik jahrzehntelang versagt hat, ist das Recht auf freie Wohnortwahl längst zu einem Vorrecht der Besserverdienenden verkommen. So ist es für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen extrem schwierig geworden, in Großstädten wie München, Köln, Hamburg oder Berlin eine halbwegs anständige Wohnung zu finden. Bezahlbare Wohnungen gibt es oft nur in großer Entfernung zur Innenstadt. Oder es gibt sie in ländlichen Gebieten, wo es dafür an Arbeitsplätzen mangelt.

Seit Jahren werden in diesem Land kaum noch Sozialwohnungen gebaut. In den letzten zehn Jahren ist jede dritte Sozialwohnung weggefallen, der Bestand an öffentlich geförderten Sozialwohnungen hat im letzten Jahr einen neuen Tiefstand erreicht. Wegen künstlich erzeugter Sparzwänge haben viele Gemeinden ihren öffentlichen Wohnungsbestand an private Investoren verscherbelt. Seit Jahren fordern wir die Bundesregierung dazu auf, für neue Sozialwohnungen zu sorgen und etwas gegen Bodenspekulation und steigende Mieten zu unternehmen. Nicht die Flüchtlinge sind daran schuld, dass bezahlbare Wohnungen so knapp geworden sind. Trotzdem wird die Lösung der Wohnungsfrage mit jedem ankommenden Flüchtling ein Stück dringender.

Ähnliches gilt für den Arbeitsmarkt. Seit der Agenda 2010 gibt es in Deutschland einen großen Niedriglohnsektor. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse greifen immer mehr um sich, die Zukunft ist für viele Beschäftigte kaum noch planbar, Arbeitshetze und Stress nehmen zu. Nicht Einwanderer oder gar Flüchtlinge sind an diesen Zuständen schuld. Trotzdem ist die Gefahr real, dass Flüchtlinge als billige Arbeitsklaven missbraucht und gegen andere Beschäftigte ausgespielt werden mit dem Ziel, Löhne noch weiter zu drücken und soziale Schutzstandards zu unterlaufen. Die Bundesregierung kann dies verhindern indem sie den Arbeitsmarkt reguliert, indem sie den Missbrauch von Werkverträgen verhindert, sachgrundlose Befristungen verbietet und den Mindestlohn zügig auf 10 Euro erhöht und keine Ausnahmen vom Mindestlohn zulässt. Für gleiche Arbeit muss endlich wieder der gleiche Lohn gezahlt werden – egal welches Alter, Geschlecht oder welche Nationalität der Beschäftigte

hat und ob er als Leiharbeiter, Werkvertragsnehmer oder in der „Stammebelegschaft“ tätig ist. Um Lohndumping Einhalt zu gebieten, sollten Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt und auf alle Unternehmen ausgedehnt werden können.

Damit bei den bestehenden Arbeitsplätzen kein Verdrängungswettbewerb entsteht, müssen gleichzeitig neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Weichen für eine gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbsleben für Flüchtlinge müssen jetzt gestellt werden. Denn nichts ist zynischer, als die Integration von Menschen einzufordern, denen man gleichzeitig den Zugang zu kostenlosen Sprachkursen, zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen verweigert. Nötig ist daher ein sofortiges Investitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro, mit dem soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastruktur für alle ausgebaut, Arbeitsplätze geschaffen und die Kommunen finanziell unterstützt werden. Da der Investitionsstau in den Städten und Gemeinden ein gewaltiges Ausmaß erreicht hat, ist mittelfristig noch ein vielfach größeres Zukunftsinvestitionsprogramm angebracht.

Mit der Bemerkung, man dürfe keine Schulden zu Lasten künftiger Generationen machen wurde bislang jede Debatte über sinnvolle Zukunftsinvestitionen erstickt. Dabei ist ein kaputtgespartes Gesundheits- und Bildungssystem, eine marode Infrastruktur, eine zerstörte Umwelt und eine gespaltene Gesellschaft die größte Last, die man künftigen Generationen übertragen kann. Erinnern wir uns: Als deutsche Banken ins Taumeln gerieten, hat die Bundesregierung quasi über Nacht hunderte Milliarden Euro zu deren Rettung aufgebracht. Jetzt, wo Städte und Gemeinden taumeln, feilscht die Bundesregierung mit ihnen um Kleinbeträge.

Seit vielen Jahren versagt der Staat, wenn es darum geht, Finanzmärkte zu regulieren oder Reichtum zu besteuern. Allein die in Deutschland ansässigen Millionäre besitzen ein Vermögen von gut 2,5 Billionen Euro. Die zehn reichsten Familien kassieren zusammen Dividenden in Höhe von 2,4 Milliarden Euro im Jahr. Wir können es uns nicht leisten, auf eine angemessene Besteuerung dieses Vermögens zu verzichten. Es kann auch nicht sein, dass dem Staat durch die Steuertricks von Reichen und Konzernen jedes Jahr rund 100 Milliarden Euro durch die Lappen gehen. Statt Zäune und Mauern gegen Kriegsflüchtlinge zu bauen, sollten die Grenzen für Steuerflüchtlinge endlich dicht gemacht werden. Denn nur wenn die Bevölkerung das Gefühl bekommt, dass es gerecht zugeht in Deutschland, nur wenn sichergestellt ist, dass nicht schon wieder die Kosten einer Krise auf sozial Schwächere, auf Beschäftigte und Rentner abgewälzt werden, kann die Integration gelingen.

Autorin

Dr. Sahra Wagenknecht ist seit Oktober 2015 Co-Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Zuvor war sie seit 2011 Erste Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion und bis 2011 wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Nach ihrem Studium der Neueren Deutschen Literatur und Philosophie promovierte Sahra Wagenknecht 2012 in Wirtschaftswissenschaften.

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

Tel: 030 629 80-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de